

Dieter Eißel

Antithesen zum bürokratischen Kapitalismus

Chancen und Risiken dezentraler Steuerung der Wirtschaftspolitik im Kontext der neuen Informationstechnologien

1. Defizite zentralistischer Steuerungssysteme in Staat und Wirtschaft

Zentralistische Systeme der ökonomischen Steuerung sind in mehrfacher Hinsicht defizitär: Der Konzentrationsprozeß im Unternehmensbereich führte zu einem Industriebürokratismus, der in abnehmendem Maße auf Marktveränderungen und Wandel des Konsumentenverhaltens flexibel reagieren kann. Trotz des riesigen Potentials an Forschungs- und Entwicklungskapazität der großen Konzerne bleibt auch der tatsächliche Beitrag zu Innovationen — vor allem im Produktbereich — hinter den Möglichkeiten zurück.

Beschleunigt und begünstigt wurde der wachsende Zentralismus durch den fordistischen Weg, Konkurrenzvorteile und damit die Chancen zu Extraprofiten durch extreme Arbeitsteilung bei gleichzeitiger Massenanfertigung zu erzielen. Die Fließbandarbeit wurde zum vorherrschenden Typ der Arbeitsorganisation. Der Arbeiter wurde in diesen Fabriken zu einer stationären Bearbeitung immer kleinerer standardisierter Arbeitsvorgänge verurteilt. Die voranschreitende Arbeitsteilung schmolz seine Fertigkeiten und erforderlichen Qualifikationen auf ein Mindestmaß ab. Eher waren es Arbeitstugenden wie Pünktlichkeit, Ordentlichkeit und die Fähigkeit, Monotonie zu ertragen, die als Bedingung tayloristischer Produktion gefragt waren. Dieser Entwertungsprozeß und die Destruktion menschlicher Fertigkeiten und Fähigkeiten hinterließ seine Spuren: Arbeitsmotivation, Absentismus, Fluktuation und ein hoher Krankenstand wurden zum Problem der standardisierten Massenfertigung. Bei fehlender Disziplinierung durch eine große Zahl von Arbeitslosen, d.h. relativ geringer Angst vor einem drohenden Arbeitsplatzverlust, können diese Demotivationsfolgen der Fließband-

arbeit auch zu betriebswirtschaftlichen Verlusten führen, wie das bekannte »Volvo-Experiment« zeigt. Hier wurde 1969 aufgrund derartiger Entwicklungen, die zu höheren Kosten und Produktverschlechterungen führten, die sogenannte »teilautonome Gruppenarbeit« eingeführt. Dies setzte neue Identifikations- und damit Motivationsprozesse frei. Humanere Arbeitsbedingungen verbanden sich mit einer besseren Relation der input-output-Rechnung (Kern u.a. 1975).

Insgesamt blieben derartige Experimente jedoch Ausnahmefälle, bzw. wurden unter den Bedingungen von Massenarbeitslosigkeit wieder beendet. Das gleichzeitige Interesse des Managements an betrieblicher Hierarchie führte zu einer Konservierung industrie feudaler Strukturen, die den Bandarbeitern wenig Dispositionsfreiheit in der Gestaltung der Arbeitsorganisation und auch — wahrscheinlich damit verbunden — demokratischen Veränderungen hinter den Fabrikatoren wenig Spielraum ließ. Der gewerkschaftliche Kampf gegen die fortschreitende Rationalisierung konnte diesen Trend nicht brechen. Erfolgreiche Auseinandersetzungen der Organisation der Lohnabhängigen zeigen sich eher in Abfindungsvereinbarungen bei wegrationalisierten Arbeitsplätzen (Bammel 1980, S. 293 ff.) als in requalifizierenden, neue Entscheidungsspielräume schaffenden Arbeitsstrukturen. Mangelnde Identifikationsmöglichkeiten der tayloristischen Arbeitsorganisation konnten höchstens durch »zufriedenstellende« Lohnforderungen kompensiert werden. Die Selbstachtung der Lohnabhängigen wurde durch monetäre Ersatzbefriedigung zwar nicht erreicht, andere Gradmesser für Arbeitszufriedenheit entchwanden jedoch. Die Kreativitätspotentiale der Massen waren nicht gefragt; damit lag zugleich die wichtigste Ressource für die Entwicklung der Produktivität brach.

Die wachsende Zusammenballung industrieller Fertigung und das Entstehen riesiger Konzerne führte auch zu einer bedenklichen Agglomeration in räumlicher Hinsicht. Verstädterungsprozesse wurden beschleunigt und damit ein ökologisch nachteiliger Ausbau der Infrastruktur (Straßenbau etc.) zur Verbindung der Metropolen erzwungen. »Die bisherige räumliche Entwicklung in den Industrieländern war mit einer starken Zentralisierung auf allen Ebenen verbunden. Die Stadtentwicklung, insbesondere die der Kernstädte, war eng gekoppelt mit der rapiden Expansion von Büros und ihrer Konzentration auf kleinem Raum. Technische und organisatorische Konzepte der Verwaltungsarbeit gingen von großen zentralen Einheiten aus, die beim gegebenen Stand der Kommunikationstechnik verkehrsgünstig, also räumlich zentral, liegen sollten« (Ballerstedt 1985, S. 219). Der hohe Bedarf an Transportkapazität drohte dabei auch die letzten Oasen der Natur und Erholungsräume für die Menschen unter Betonschneisen zu begraben.

Begleitet wurde der zentralistische Weg der Industrialisierung von einer entsprechenden Entwicklung auf der staatlichen Ebene. In der entstehen-

den bürgerlichen Gesellschaft konnte sich die oberste Gewalt des zentralen Staates noch darauf beschränken, mit Gerichten und Polizei sowohl den Schutz des Privateigentums und die daraus abgeleiteten Rechte (insbesondere Vertragsfreiheit) zu garantieren und allgemeinverbindliche Regeln für den gesellschaftlichen Verkehr (Austauschbeziehungen) zu erlassen. Rechnet man den Aufbau von Heer und Marine hinzu, die weitgehend der Beherrschung der Handelswege und der Sicherung von Ausbeutung der Kolonien in Konkurrenz mit den anderen Mächten dienten, so zeigt sich insgesamt, daß der aus diesen Funktionen folgende öffentliche Finanzierungsbedarf sich in relativ engen Grenzen hielt. In dem Maße, wie im Verlauf der Industrialisierung, der zunehmenden Verflechtung und Konzentration der Ökonomie die Sicherung der notwendigen Produktionsvoraussetzungen (Infrastruktur) und die Bewältigung der gesellschaftlichen Folgekosten der privat organisierten Produktion Aufgabe des Staatsapparates wurde, wuchs auch der zentralstaatliche Bürokratismus. In der Doppelrolle der Sicherung von Akzeptanz der Masse der Bevölkerung in Bezug auf die grundsätzlichen Systemstrukturen und in Vollzug der von der Arbeiterbewegung erkämpften Schutzrechte und materiellen Garantien erweiterte sich zusätzlich der Handlungsspielraum des Zentralstaates zugunsten sozialer Interventionen — insbesondere zugunsten sozialer Absicherung gegen Marktrisiken und Umverteilung unter Aspekten der sozialen Gerechtigkeit.

Aus dem »General Dr. von Staat«, wie Thomas Mann symbolträchtig das Leitbild des Obrigkeitsstaates beschrieb, wurde mit den Worten von Ulrich Wickert der »Amtmann Staat« (Wickert 1981). Die schleichende Allmacht der bürokratischen Institutionen, die undurchschaubare Verrechtlichung aller Lebensbereiche, hinter denen sich die »Amtsmänner« wissend um die Macht der Rechtsnormen verschanzen, läßt dem einzelnen Bürger wenig Raum für Eigeninitiative und Selbstregulierung. Trotz zögerlicher Veränderungen der Rechtsgrundlagen (z.B. im Städtebauförderungsgesetz) fehlen durchweg die erforderlichen Strukturen für eine hinreichende Beteiligung und Kontrolle durch die Bürger. Die politische Regulation geriet in eine Größenordnung, die sich der unmittelbaren Partizipation der Bürger weitgehend entzog. Zentrale Willensbildungs-, Entscheidungs- und Verwaltungsprozesse höhlten auch die verbleibenden Autonomiespielräume der Kommunen und damit Selbstverwaltungschancen aus. Die Politik wurde zur Angelegenheit von Großorganisationen, insbesondere von großen Konzernen, die direkten Zugang und Zugriff auf die entsprechenden Exekutivorgane des Staates erhielten.

Die Investitionspolitik und die Umverteilungsinteressen der großen Unternehmen wurden zum dominierenden Faktor der staatlichen Steuer- und Transferentwicklung. Unter konservativer Ägide schlug dies in eine antisoziale Austeritätspolitik um, die einerseits die materiellen Reproduktionsbe-

dingungen der Massen kappte, andererseits durch volkswirtschaftlich fragwürdige Ertragsverbesserungen dem »müden Kapitalismus« zu einem neuen Investitionsboom verhelfen will. De facto häufen sich — auch infolge einer derartigen Umverteilungspolitik — bei den großen Konzernen riesige Finanzmassen an, die jedoch angesichts der weiter schwachen öffentlichen Nachfrage und stagnierenden privaten Kaufkraft nur zögerlich in Realkapital verwandelt, sondern eher als spekulatives Kapital angelegt werden. Die Ausprägung zentralstaatlicher Wirtschafts- und Finanzpolitik durch Großunternehmen zeigt sich auch in der extremen Privilegierung von Großtechnik (z.B. Kernkraft) und der Förderung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben der Konzerne. Außerhalb der zentralstaatlichen Einlösung von ökonomischen Ansprüchen der mächtigen Konzernlobby erweist sich der bürokratische Etatismus eher als unfähig, entstehende Probleme mit langfristigen Perspektiven anzugehen und sich um grundsätzliche Lösungen zu bemühen. Angesichts der drohenden Katastrophenszenarien fehlen offensichtlich im bürokratischen zentralstaatlichen Kapitalismus die wichtigsten Voraussetzungen für adäquate Problemlösungen. Wesentliches Kennzeichen ist eher eine Politik des »Durchwurstelns«. Es ist dies »die Eigenheit, daß Politik in weiten Bereichen nur reaktiv tätig wird und langfristig wirksame Lösung gesellschaftlicher Probleme in dem für erforderlich gehaltenen Umfang nicht leistet, weil sie sich vorher neuen, akuterer Problemen zuwenden muß« (Ballerstedt 1983, S. 201).

Der ansonsten in den Sonntagsreden für mündig erklärte Bürger und Souverän gerät dann in die Rolle eines zu emotionaler Übertreibung neigenden unreifen Kindes, dessen Ängste um die Zukunft, um Frieden und Bedrohung der Lebensbedingungen durch atomare Katastrophen, Giftunfälle wie in Seveso u.ä.m. zwar verständlich, aber nicht rational begründet seien. Anstelle radikaler Aufklärung und entsprechende Abhilfe gegen diese Bedrohung verkommt die Politik der Regierenden zur unangemessenen Beschwichtigung, zum Klein-Reden der vorhandenen Handlungsbedarfe. Anschaulich wurde uns dies im offiziellen Umgang mit der Katastrophe von Tschernobyl vor Augen geführt. Wenn wir alle in diesen Überlebensfragen handlungsfähiger werden wollen, dann müssen wir die Innovationsfähigkeit zuallererst gegen die zentralistischen politischen Regulierungen durchsetzen. Die Defizite im Umweltbereich, in der Ressourcenschonung und Energieeinsparung und der Weg zu einer friedlicheren Technologie (im Rüstungs- und Zivilbereich) kann nicht allein durch technische Innovationen behoben werden. Es kommt in erster Linie darauf an, die Lenkungskapazität und Struktur des bürokratischen zentralistischen Kapitalismus (auf Staats- und Unternehmensebene) insgesamt zu ändern (Lipietz 1985). Die strukturelle Analogie zwischen Großindustrie und bürokratischer Großorganisation erschwert die notwendige demokratische Inbesitznahme und

Kontrolle durch die Massen. Autonome Zielvorgaben und demokratische Verwaltung sind unter diesen Bedingungen kaum möglich.

Dezentral, d.h. in den Regionen und Städten läßt sich viel besser der Zielkomplex Lebensqualität entsprechend den örtlich gegebenen Strukturen erfassen, d.h. detailliert beobachten, auswerten, analysieren und bewerten, um darauf aufbauend konkrete Schritte der Sicherung der örtlichen Reproduktion einzuleiten. Die weithin vernachlässigten sozialen und ökologischen Bereiche sind räumlich spezifisch strukturiert. Verkehrsverhältnisse (z.B. die Quote von Pendlern, der Ausbau von öffentlichen Nahverkehrsmitteln), Bildungsangebote, Gesundheitseinrichtungen, Umweltbelastungen und Energieversorgungsbedarfe ergeben sich aus der räumlichen Struktur, der Siedlungsweise, der spezifischen Infrastruktur u.ä.m. Diese Verhältnisse transparent zu machen und als politischen Entscheidungsdruck gegen den »Problem-Moden-Zyklus« (Downs) zugunsten vorausschauender, kontinuierlicher demokratischer Politik zu nutzen, erhöht die Legitimation politischer Handlungen durch ein höheres Maß an Öffentlichkeit und Partizipationsmöglichkeit der unmittelbar Betroffenen. Dezentral ansetzende Innovationspolitik kann auch über die Ausschöpfung der endogenen Potentiale der Region, über identifizierte örtliche Herausforderungen Allokationsvorteile besser nutzen. Wahrscheinlich wird auch die Produktivität zusätzlich steigen, weil erhöhte Partizipationschancen bei Bestimmung der Ziele und Formen von Produktion und Dienstleistung brachliegende vorhandene Ideen freisetzen und die Arbeitsmotivationen erhöhen.

2. Neue Informationstechnologien als Wegbereiter industrieller Demokratie und des Abbaus von Entfremdung

Die Pioniere in der Entwicklung der neuen Technologien für Information und Kommunikation erhofften und versprachen, daß deren Einsatz dazu führen würde, daß Entfremdungsprozesse und ausgeprägte betriebliche Hierarchiestrukturen abgebaut würden. Ein technischer Zeichner, der z.B. im traditionellen arbeitsteiligen Büro auf der untersten Stufe der betrieblichen Hierarchie auf ausführende Tätigkeiten beschränkt war, könnte jetzt selbst kreativ an der Entwurfsgestaltung mitwirken und in großer Schnelligkeit diverse Modelle und Perspektiven auf dem Monitor sichtbar werden lassen. Mit der dezentralen Verfügung mikroelektronisch gesteuerter Entwurfsarbeit (computer aided design) ließen sich demnach sowohl die Dispositionsfreiheit der Arbeitnehmer — also mehr industrielle Demokratie — erhöhen als auch eine Rückverlagerung der Produktionsintelligenz an die

Basis durchsetzen. Damit würden nicht nur humanere Arbeitsbedingungen realisiert, der so funktionierende Betrieb würde auch zusätzlich Innovationspotential freisetzen und die Produktivität erhöhen. Lothar Späth, einer der Hauptprotagonisten einer konservativen Modernisierungsstrategie im Zeichen des Silicon-Valley-Mythos, vertritt auch gegenwärtig, obwohl uns schon z.T. andere Erfahrungen vorliegen, nachhaltig eine solche Vision. Das Ende von Entfremdung, von Dequalifizierung und betrieblicher Hierarchie wäre als Folge des Einsatzes dieser neuen Technologie in Sicht (Späth 1985).

»Vielmehr wird es automatisierte Teilsysteme geben — vor allem bei der Fertigung, Montage, Verpackung und Verladung von Großserien —, denen vermehrt gruppenautonome Arbeitsbereiche mit relativ hoher Dispositionsbefugnis, etwa in der Planung, Arbeitsvorbereitung, Programmierung, im Design und beim Entwurf kundenspezifischer Lösungen, gegenüberstehen« (Späth 1985, S. 94). Flexible Fertigung, Produktionsvielfalt und verschiedenartige, kleine Serien (um individuellen Kundenwünschen zu entsprechen) erlauben eine programmgesteuerte Produktion kleiner Stückzahlen nur, wenn die technische Flexibilität der teuren Investition durch den »entsprechenden, autonom denkenden und entscheidenden Mitarbeitertypus« (ebenda, S. 95) ermöglicht wird. Ohne ihn ist eine rasche Anpassungsfähigkeit an den Markt nicht zu haben. »Bloßer 'Überwachungsdrill', das Reagierenkönnen auf technische Störsignale, reicht als Qualifikationsmerkmal keinesfalls aus« (ebenda, S. 95). Die Möglichkeit der CNC-Technik, nunmehr flexible Maschinenprogrammierung vorzunehmen, eröffnet vor allem dem gewerblichen Mittelstand ein neues Feld, denn sie sind eher in der Lage, kundenorientierte Maßarbeit mit ausgeprägter Anpassungsfähigkeit zu verbinden. »Durch die Verwendung flexibler Automatisierungstechniken lassen sich diese Vorteile noch ausbauen. Dazu bedarf es desselben qualifizierten und eigenständigen Mitarbeiterstammes wie in der Vergangenheit. Einziger und allerdings gravierender Unterschied: Die Selbständigkeit muß sich nun weniger am Werkstück als vielmehr im Verständnis des Fertigungsprozesses erweisen« (ebenda, S. 96). Eine an der Qualifikation der Beschäftigten ausgerichtete Produktion und die vergrößerte Chance zur Beteiligung der Arbeitnehmer kann demnach den Prozeß der industriellen Demokratie mit ökonomischen Vorteilen kombinieren. Dies haben weniger an Hierarchien festhaltende »Führungskräfte der Industrie« besonders in den USA, aber z.T. auch hierzulande erkannt. Von Japan schwappt die Etablierung von Qualitätszirkeln in die bundesrepublikanischen Unternehmen, in denen Facharbeiter ihre Kompetenzen absatz- und wertsteigernd einbringen können und sollen (Breisig 1984, S. 38 f).

Voraussetzung hierfür ist, daß das Management den »Mitarbeiter« aufwertet und einen Abbau hierarchischer Strukturen im Unternehmen hin-

nimmt (Kern/Schumann 1984), wohlwissend, daß die Richtung der Produktion und letztlich die Entscheidungen ihm nicht entgleiten. Kooperation statt Hierarchie heißt die von modernen Managementberatern ausgegebene Losung, um bei vorgegebenem Betriebsziel das Kreativitätspotential der Beschäftigten stärker ausschöpfen zu können (Diebold 1985). Die bürokratische, zentralistische Großorganisation auf der Basis extremer tayloristischer Arbeitsteilung ist nach solchen Vorstellungen passé.

Wirtschaft, Gesellschaft und auch die privaten Lebensbereiche werden sich insgesamt — so die Prognose — auf der Grundlage der neuen Informations- und Kommunikationstechnologie in kleine überschaubare Einheiten auflösen lassen. In der Zukunftsvision wird sich der Telaarbeiter einen Standort seiner Wahl (Bahamas, Segelreviere, Großstadt) suchen und nicht mehr gezwungen sein, sein »electric cottage« zu verlassen. »Aus dieser Seßhaftigkeit resultiert eine stärkere Identifikation mit der Gemeinde, ein intensiveres Interesse an kommunalen Ereignissen, eine stärkere Bereitschaft zum Engagement in der Nachbarschafts- und anderen freiwilligen Organisationen« (Ballerstedt 1985, S. 219).

Allerdings befindet sich die Entwicklung von Tele-Heimarbeit erst im Versuchsstadium. Dort, wo diese Art der Fernarbeit etabliert wurde, sind die Produktivitätszuwächse enorm (zwischen 25 bis 50%). Hinzu kommen aus der Sicht der Firmen erhebliche Einsparungen an Raumkosten und an einem großen Teil der Lohnnebenkosten (Überstunden, Krankheitskosten, Weihnachtsgeld etc.). So hat Merican American Inc. den Dateneingabe-Betrieb in Oklahoma stillgelegt und nach Barbados verlagert. 200 Telaarbeiter erledigen jetzt auf dieser Karibik-Insel zu Stundenlöhnen von 4 bis 5 DM die anfallende Arbeit (Ballerstedt 1985, S. 220). Die Daten werden per Satellit nach Tulsa, der Zentrale des Konzerns, übermittelt. Die niedrigen Lohn- und Grundstückskosten in der Dritten Welt können mit Hilfe der neuen Technologie ausgenutzt werden. Neben diesen Satellitenbüros, in die komplette Abteilungen der Zentralen ausgelagert sind, gibt es auch sog. Nachbarschaftsbüros, die in z.T. strukturschwachen Regionen der USA eingerichtet und von mehreren Firmen genutzt werden. In der Regel wurden diese Büros mit staatlicher Hilfe und Subvention gegründet. Mittlerweile existiert als kommerzielle Variante auch so etwas wie Büro-Leasing: Büroeinrichtungen und Personal stehen für Standarddienstleistungen bereit und können für bestimmte Zeiträume gemietet werden (z.B. Office-hotel durch Rank Xerox in England). Eine Studie des Batelle-Institutes über die Einrichtung von Tele-Heimarbeitsplätzen belegt jedoch, daß der breiten Einführung derartiger Arbeitsorganisationen viele Hemmnisse wirtschaftlicher und auch organisatorischer Art entgegenstehen. Nicht kontrollierbarer Datenmißbrauch am Heimarbeitsplatz, von dem der Zugang zu den zentralen Daten der Unternehmen offen steht, ist nur eines dieser Probleme. Zum an-

deren müßten die Sachbearbeitertätigkeiten vereinfacht und standardisiert werden, was jedoch die Tätigkeitsvielfalt in manchen Bereichen nicht erlaubt (Batelle-Institut März 1982). Damit bleibt die Beurteilung der neuen Technologien ambivalent. Die »human-effiziente Kooperation zwischen Mensch und Technik«, die Späth für so offenkundig hält, wird schon dann sozial problematisch, wenn die Rationalisierungsgewinne nicht in mehr Freizeit weitergegeben werden. Ohne eine Politik der Arbeitszeitverkürzung wird die Vision einer »Zweidrittel-Gesellschaft«, in der ein Drittel marginalisiert ist, bald Wirklichkeit. Wie eine Studie des Vereins Deutscher Ingenieure (bearb. Werner Knetsch/VDI-Technologiezentrum) zeigt, gingen in den beiden Jahren 1982/83 durch die industrielle Anwendung der Mikroelektronik selbst im Bereich der Produktanwender Arbeitsplätze verloren, obwohl doch offiziell propagiert wird, daß Produktinnovationen zum Erhalt oder gar zur Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen sollen. Bezieht man die höheren Arbeitsplatzverluste bei den Prozeßanwendern mit ein, dann summierte sich der Verlust auf 30.000 Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe (VDI 1985, S. 20 f). Diese Entwicklung wird sich nach allen Prognosen eher noch beschleunigen.

Mittlerweile hat sich aufgrund der Erfahrungen auch gezeigt, daß die Arbeitsorganisation auf der Basis der neuen Informationstechnik durchaus dem klassischen Muster der tayloristischen Arbeitsorganisation folgen kann. Arbeitsschritte werden spezialisiert, formalisiert und standardisiert; Leistungskontrolle wird durch ergebnisorientierte Formen der Belohnung bis hin an die Kapazitätsgrenzen der Beschäftigten getrieben (Batelle 1982, S. 185). Die Fordsche Revolution wäre demnach nicht — wie Späth annimmt — zu Ende, sondern würde auch auf die Bereiche der Informationsverarbeitung voll durchschlagen. Fest verdrahtet, die Welt zu Hause, aber isoliert, schlecht bezahlt, eventuell als neuer Selbständiger aus der Sozialversicherung, aus tariflichem Schutz der Arbeit und Regelung der Freizeit weitgehend ausgeschlossen, wird dieses Konzept der Telearbeit Routine, Monotonie und Einseitigkeit und damit erhebliche Streßfaktoren zur Folge haben. Besonders unter dem Aspekt der Kontrollierbarkeit bzw. formalisierten Kontrolle durch die zentralen Organisationen wird es wahrscheinlich zu einer Selektion von Tele-Heimarbeit kommen, die horizontal und vertikal begrenzt und deren Ergebnisse leicht quantifizierbar sind. Tätigkeiten wie Textverarbeitung, Datenerfassung und Änderung von Dateien, einfache Sachbearbeitung und Auskünfte werden demnach die bevorzugten ausgelagerten Tätigkeiten sein.

Es ist letztlich eine Herrschaftsfrage, wie die neue Technologie entwickelt und eingesetzt wird. Hiervon wird ihr »Segen oder Fluch« abhängen. Die Chance zur dezentralen, die Entfaltung menschlicher Kreativitätspotentiale freisetzenden und mehr industrielle Demokratie realisierenden Entwicklung

bleibt damit eine genuin politische Frage. Dies fordert in viel stärkerem Maße auch die Gewerkschaften und die Parteien der Arbeiterbewegung heraus. Die Gewerkschaften selbst müssen mehr als nur eine einflußreiche Interessenvertretung mit stark ausgeprägten zentralistischen Organisationsstrukturen sein. Als bloßes »Verkaufskartell für die Ware Arbeitskraft« (Bob Kuttner, US-Wirtschaftswissenschaftler) sind sie den Anforderungen an eine umfassende und auf dezentrale Handlungspotentiale verweisende Strategie der Mobilisierung von politischen Steuerungskapazitäten und technischer Intelligenz nicht gewachsen. Für die gesamte Arbeiterbewegung gilt es insgesamt, die Frage von dezentral und zentral neu zu thematisieren. Hier gibt es in der Tradition Probleme und Einseitigkeiten.

3. Zur Frage von zentral und dezentral in der Arbeiterbewegung — einige Anmerkungen

3.1 Zentralismus gegen ökonomische Anarchie, als Machthebel und zur Sicherung materieller Gleichheit

Obwohl der Begriff vom »Absterben des Staates« und die Marxsche Dimension der Freiheit vor allem darin besteht, daß die »assozierten Produzenten (...) ihren Stoffwechsel mit der Natur rationell regeln, unter ihre gemeinschaftliche Kontrolle bringen« (MEW 25, 828), d.h. die Funktion eines Zentralstaates eher als überflüssig begreift, folgt die sozialistische Strategie, die sich auf den Marxismus beruft, eher zentralistischen Tendenzen. Es ist eher die Vision eines Saint-Simon, der die chaotische Entfaltung der modernen Industrie durch eine neue Ordnung von (großer) Industrie und Wissenschaft beenden und dadurch sozialen Fortschritt und Wissenschaft erzielen will. Wer jedoch nicht nur im Zentralstaat ein wichtiges, für die Revolutionierung der Gesellschaft unverzichtbares Machtinstrument sieht, sondern auch die Steigerung der Produktivität, den rationellen Umgang mit der Natur durch zentrale, zusammengefaßte Planung sichern will, versperrt sich den Weg für dezentrale, die Selbsttätigkeit der Menschen optimierende Organisationsformen der Gesellschaft. Wenn in der wirtschaftsliberalistischen Verfassung der Gesellschaft, in der Suprematie der Mikroebene, in der daraus folgenden Anarchie der ökonomischen Entwicklung, die Anlaß für Überproduktion, Verschwendung, Irrationalität bietet, das wichtigste Kriterium der bürgerlichen Gesellschaft gesehen wird, dann verkürzt sich auch die sozialistische Antithese auf eine (notwendigerweise) zentralistische Planung. Zwangsläufig entsteht auf diese Weise ein hierarchisches Modell von ökonomischer Steuerung unter der Aufsicht einer »capacité administrative«. In diesem Punkt gibt es dabei eine merkwürdige Kon-

vergenz mit der reaktionären Ablehnung der »Zerstückelung der Gesellschaft«, deren Bindungslosigkeit unter Rückgriff auf mittelalterliche Weltbilder harmonischer Ordnungen überwunden werden soll (siehe auch die Kritik von Bloch 1976, S. 659 ff).

Der Vergesellschaftungsprozeß der Arbeit, der zwar in system-spezifischer Einseitigkeit schon als eine historische Leistung des Kapitalismus gilt, und ein rationelles, durchorganisiertes Gesellschaftssystem wurde als Hauptaufgabe einer sozialistischen Ordnung betrachtet, die es ermöglichen sollte, den materiellen Reichtum unendlich zu mehren und Klassenherrschaft zugleich durch Verwaltung aller zu ersetzen. Chaos der Produktion und damit — wegen der herausragenden Bedeutung der Ökonomie für die Gesellschaft — Chaos der Gesellschaft war schon die wichtigste Herausforderung aus Sicht von Frühsozialisten (Owen 1919, S. 128). Das industrielle System bestand aus deren Sicht aus Irrationalität und Planlosigkeit (*C'est la manie de produire confusément*) so Fourier 1846, S. 48). Die Arbeiter verrichteten ihre Tätigkeiten ohne Feuer, langsam und mit Abscheu (*»Sans ardeur, lentement et avec dégoût«*, *oeuvres compl.*, Bd. III, S. 14). Allerdings zieht Fourier eine andere Konsequenz aus dieser gesellschaftlichen Lage als die Mehrheitslinie der Arbeiterbewegung. Für ihn kam es darauf an, die psychosoziale Befindlichkeit der Menschen, ihre hedonistische Struktur und ihr absolutes Freiheitsbedürfnis organisatorisch für die Freiheit von Not und Elend, d.h. für materielles Glück bei einem Maximum an Produktivität zu nutzen. Wenn man so will, propagierte er einen Weg, der die revolutionäre Befreiung des Individuums aus den Schranken der mittelalterlichen Ordnung durch den Liberalismus bewahrte, die Destruktivkräfte jedoch durch sozietäre Institutionen (Phalangen) vermied. Sein »utopischer« Gesellschaftsentwurf war darauf angelegt, die Vorteile der politischen Anarchie (Abwesenheit von Herrschaft) zu verteidigen, ohne sich den Gefahren der ökonomischen Anarchie (Planlosigkeit) auszusetzen.

Cosidéant, der bedeutendste Schüler und Protagonist von Fourier sieht die Notwendigkeit der Organisation der Industrie in der Kommune (Cosidéant 1906, S. 48 f). Angesichts des umfassenden Begriffs Industrie (bis hin zu Künsten) konkretisiert Cosidéant diese Aufgabe im Kern als Organisation der Arbeit. Allerdings muß die Kommune groß genug sein, »damit der Mensch auch alle Elemente des sozialen Lebens in ihr finden kann« (ebenda, S. 49). Zudem ist es erforderlich, daß die Leitung der Produktion nicht zerstückelt wird, sondern einheitlich erfolgt.

Die Hauptlinie der Arbeiterbewegung folgte jedoch nicht der dezentralen Linie gesellschaftlicher Organisation der Arbeit. Sie verhielt sich zum Konzentrations- und Zentralisierungsprozeß der Industrialisierung und der sie begleitenden Machtzusammenballung auf zentraler nationalstaatlicher Ebene konform. Ansatzpunkte für diese Strategie waren einerseits die An-

archie des Marktes und der Privateigentumsordnung und andererseits die Machtfülle des Zentralstaates. Aus dieser Sicht ist es verständlich, daß sich Bedürfnisse nach Veränderungen gesellschaftlicher Regulierung an die zentralstaatliche Kompetenz richteten und diese Ebene den wichtigsten focus der sozialen Auseinandersetzungen bildete. In der Entwicklung zum alles umfassenden und alle Schranken überwindenden »Finanzkapital« zeigt sich ein fortwährender Prozeß der Regulierung der Produktion durch Kartelle, bis letztlich ein »Generalkartell« (Hilferding 1973, Bd. II, S. 321) übrig bleibt. »Die ganze kapitalistische Produktion wird bewußt geregelt von einer Instanz, die das Ausmaß der Produktion in allen ihren Sphären bestimmt« (ebenda, S. 321 f). Zwar spitzt sich die Frage nach den Eigentumsverhältnissen zu, aber »die Frage nach der Organisation der gesellschaftlichen Ökonomie (wird) durch die Entwicklung des Finanzkapitals selbst immer besser gelöst« (ebenda, S. 323). Die Durchorganisation des Kapitalismus, die fortschreitende Entwicklung von der freien Konkurrenz zur planmäßigen Produktionsgestaltung mit dem Ziel der monopolistischen Marktgestaltung hat an sich gewiß nichts mit einer Demokratisierung der Wirtschaft zu tun« (Naphtali 1977, S. 45). Im Gegenteil betont diese kapitalistische Machtzusammenballung die autokratische Stellung des Unternehmers noch viel stärker. Aber sie provoziert den Ruf nach staatlicher Kontrolle, um das Gemeinschaftsinteresse zu sichern (ebenda). Das Machtinstrument Zentralstaat könnte dann durch Eroberung der politischen Macht (Stimmzetteldemokratie) dazu benutzt werden, um den unmittelbaren Vergesellschaftungsprozeß der kapitalistischen Produktion (quasi als Vorleistung des bürgerlichen Systems) öffentlich zu steuern. Ein evolutionäres Hineinwachsen in sozialistische Strukturen schien in derartigen deterministisch angelegten historischen Bildern selbstverständlich.

Außer der Orientierung auf Austausch der politischen Machteliten durch die Arbeiterbewegung begründete sich die zentralistische Strategie auf die Forderungen nach materieller Gleichheit, die regionale Rückständigkeit zugunsten eines kollektiv organisierten Ausgleichs der Lebenslagen zurückdrängen sollte. Dezentrale Strategien können sich nicht leichtfertig über diese Forderung hinwegmogeln. Wer z.B. die Umverteilung des monetär vermittelten Sozialprodukts ändern will, muß die Steuer- und Sozialansprüche insbesondere auf nationaler Ebene korrigieren. Für die Arbeiterbewegung wuchs diese politisch herausragende Rolle des Zentralstaates jedoch nicht nur aus einer pragmatischen Haltung bzw. Erfahrungen mit einer institutionalisierten obersten Kompetenz. Aus dem Gleichheitsprinzip konnte vielmehr abgeleitet werden, daß es eine zentrale politische Instanz geben müsse, die in allen Regionen für eine annähernde Gleichheit der Lebenslagen Sorge zu tragen habe. Dies erfordert nötigenfalls erzwungene Transfers von relativ reicheren Regionen an ärmere, die strukturell benachteiligt sind.

Selbstverständlich muß Gleichheit der Lebenslagen nicht auf quantifizierbaren »Wohlstand« — gemessen durch Wachstumsraten des Outputs der Erwerbsarbeit — reduziert werden, sondern hätte sich an sozialen Indikatoren (Bildung, Freizeit, Gesundheit...) zu orientieren. Aber selbst in diesen Fällen wäre eine zentral organisierte (regional übergreifende) Umverteilung der monetären Ströme weithin notwendig. Aus einer solchen Forderung das Konzept einer flächendeckenden Industrialisierung ableiten zu wollen, die auch die letzten Erholungs- und natürlichen Ausgleichsräume mit Fabrik-schloten durchzieht, ist allerdings ökologisch bedenklich. Diese Räume sollten vielmehr in ihrem Freizeit- und Erholungswert für Mensch und Tierwelt erhalten bleiben.

Nicht zuletzt mag es auch sein, daß die herausragende Position, die der Zentralismus in der Arbeiterbewegung spielt, Folge einer Alltagserfahrung ist, in der sich die soziale Lage der Lohnabhängigen in den immer größer werdenden Fabriken und Arbeitskollektiven abbildet.

3.2 Begründungen für einen »Kommunen-Sozialismus«

Unbestritten ergibt sich aus der Sicht der Umverteilung unter Gerechtigkeits- und Gleichheitsansprüchen ein zentraler Handlungsbedarf. Gleiches gilt für die Rechtsgleichheit als generelle Normierung der gesellschaftlichen Verkehrsverhältnisse bzw. als formelle Gleichheit. Die Zentralisierung ökonomischer Planung als Antwort auf das Problem von privatkapitalistisch und marktwirtschaftlich bedingter Anarchie ist jedoch zumindest einseitig. Für die Arbeiterbewegung kommt es darauf an, verschüttete Traditionen, die sich mit genossenschaftlicher Organisation verbinden und/oder mit anarcho-syndikalistischen (Rätebewegung) Strömungen, neu zu bewerten. Die Zielsetzung muß dabei sein: dezentral so weit wie möglich, zentral so weit wie nötig. Es wird notwendig sein, den liberalistischen Umbruch bzw. die entstehende bürgerliche Gesellschaft nochmals neu zu reflektieren:

Gegen die hierarchische Abhängigkeit und Ordnungsstruktur mittelalterlicher Kollektive wurde das »autonome« Subjekt, die Freiheit des Einzelnen revolutionär durchgesetzt, allerdings — und dies ist ja die Hauptkritik in den Frühschriften von Marx/Engels — nur als formelle Gleichheit und vor dem Hintergrund einer geteilten Gesellschaft, die einen wachsenden Teil vom Besitz und damit von der Verfügung über die Produktionsmittel ausschloß. Mit Ablehnung des Liberalismus ging jedoch auch die kritische Würdigung der individualistischen Position verloren, die auch ökonomische Bedeutung hat und nicht auf die politische Sphäre beschränkt werden darf: Die optimale Entfaltung individueller Kreativität, die Freisetzung innovatorischer Impulse und wachsende Produktivität setzt die Dominanz des sozietären Mikrobereiches voraus. Die Identifizierung mit einer Aufgabe, die Selbstbestimmung der Arbeit setzt ökonomische Ressourcen des

Menschen frei, die nur kompensatorisch — über die »mühsame Erziehung zum neuen Menschen« oder über indirekte Anreize (Held der Arbeit) im zentralistischen System des Sozialismus mobilisierbar sind, wenn nicht durch die »Diktatur des Proletariats gegen sich selbst« (Lukas 1975, S. 158 ff) Arbeitsdisziplin bzw. »Akkumulationsethik« (Gorz 1980, S. 68) bei mangelnder Eigenverantwortung gesichert werden soll.

Insgesamt ergibt sich also eine Dilemmasituation für sozialistische Gesellschaften: die Absicht, die Anarchie in der Ökonomie durch den Plan zu beseitigen, verweist auf eine Entfernung von der gesellschaftlichen Basis und damit von kleinen, überschaubaren Einheiten, in denen sich die Selbstverwaltung verwirklichen könnte, hin zu einer den Gesamtplan und die Koordination aller ökonomischen Teile und Regionen sichernden Zentralinstanz. Mit der Beseitigung dieses Übels dezentraler Produktionsentscheidungen wird damit zugleich ein anderes geboren: die schwindende Möglichkeit, den »Stoffwechsel mit der Natur« als eigenbestimmte Aufgabe wahrzunehmen. Identität wird schwieriger. Umgekehrt bleiben Tendenzen zur Etablierung einer dezentralen Steuerung mit dem möglichen Makel nicht ausreichender Abstimmung behaftet. Damit entsteht die Gefahr von Überproduktion, Verschwendung von Ressourcen und auch regional und/oder betriebs- und branchenbezogener Egoismen, die der Zielsetzung von annähernder Gleichheit der Lebenslagen entgegenstehen. Es gibt keine einfache Lösung, sondern nur Optimierungsprozesse, die auch sehr konkret auf die jeweiligen Produktionsstrukturen eingehen müssen. Kleinräumige Produktionsformen dürfen ebensowenig verabsolutiert werden, wie Produktionsaufgaben, die wahrscheinlich nur großtechnisch und national oder zumindest in größeren Regionen betrieben werden können (z.B. Bergwerke).

Einer der Theoretiker des Früh-Sozialismus, die sich an eine optimale Lösung herangetastet haben, ist wie bereits oben beschrieben, Charles Fourier. Auch wenn seine Konstruktionen der Phalanstère uns heute reichlich verschoben anmuten, so kommt es doch darauf an, hinter diesen »Gespinsten« eine Aufgabe wahrzunehmen oder wiederzuentdecken, die als »soziitärer Liberalismus« oder »freiheitlicher Sozialismus« beschrieben werden kann.

In drastischer Form hat Erich Mühsam dem Zentralismus den Kampf angesagt: »Die föderalistische Organisation entspricht den Forderungen der Gerechtigkeit, der Gegenseitigkeit, der Gleichheit, der gemeinsamen Selbstverantwortung, der Gemeinschaft aus Einzelnen. Die zentralistische Organisation entspricht den Bedürfnissen der Macht, der Obrigkeit, der Ausbeutung, des Klassenzwiespalts, der Bevorzugten. Föderalismus ist Ausdruck der Gesellschaft; Zentralismus ist Ausdruck des Staates« (Mühsam 1932, S. 26).

Wer sich jedoch nicht in die Nähe anarcho-syndikalistischer Traditionen begeben will, mag sich auch auf den »wiederentdeckten« Austromarxismus eines Otto Bauer berufen. Für ihn war die Verstaatlichung allein keine hinreichende Basis für die Herausbildung eines sozialistischen Wirtschaftssystems. Erst wenn die Arbeiter und Angestellten an der Verwaltung der sozialisierten Betriebe mitwirken, werde ein Gesellschaftssystem möglich, das die Lohnabhängigen von der Bevormundung durch eine neue Klasse von staatlichen Funktionären und Bürokraten befreie (Bauer 1977, S. 855). Planwirtschaft und die öffentliche Kontrolle über die Kommandohöhen der Wirtschaft können nicht ausreichend sein. Sozialisierung ist vielmehr ein Prozeß, an dessen Ende eine Planwirtschaft steht. Angesichts der gesellschaftlichen Strukturen des Kapitalismus, die sich darin zeigen, daß die Unternehmer nicht nur die Produktionsmittel monopolisiert haben, sondern auch »jene Kenntnisse und Fähigkeiten, die die Leitung der gesellschaftlichen Arbeit erfordert«, genügt es nicht, den Despotismus des Unternehmers durch eine staatliche Bürokratie abzulösen. Die Lohnabhängigen müssen durch Beteiligung an den Leitungsgeschäften eines Betriebes auch lernen, diese selbst zu übernehmen. Schulung und Bildung sind dabei eine wichtige Voraussetzung (März/Weber 1978, S. 85 ff). Für Bauer war klar, daß es in Kontinentaleuropa nicht darum gehen durfte, das Modell Deutschland mit preußischer Staatsidee durch das Modell Sowjetunion zu ersetzen, um den Sozialismus zu verwirklichen. Das Modell Sowjetunion stellte keine notwendige Befreiung von der preußischen Staatsidee dar. Bezogen auf die obrigkeitliche Orientierung war es nur die Übersetzung in eine andere Sprache und die Verwirklichung mit einer anderen Klasse. »Wir müssen dem Preußentum eine andere, ihm wirklich radikal entgegengesetzte Staatsidee entgegenstellen, einen Sozialismus, dessen Wurzeln der Freiheitsdrang der Individuen, dessen Quelle die Selbsttätigkeit der Massen, dessen Ziel die Selbstregierung aller Werktätigen ist« (Bauer zit. bei Radice 1978, S. 125). Nach wie vor gilt, was Marx 1868 an von Schweitzer schrieb: In Deutschland, »wo der Arbeiter von Kindesbeinen an bürokratisch geformt wird und an die Autorität, an die vorgesetzte Behörde glaubt, gilt es vor allem, ihn selbständig gehn zu lehren« (MEW 32, S. 570). Aus Objekten der Verwaltung und Belehrung müssen Subjekte der Bewältigung der eigenen Lebenslage werden. Sozialismus muß dahin zurückkehren, wohin er gehört: Zur Gemeinschaft, in der die Menschen leben und arbeiten (Luard 1979, S. 150). Die Gefahr des Zentralismus zeigt sich in Subordination, in Entfremdung und Unifomität; dies gilt sowohl für den ökonomischen als auch politischen Sektor der Gesellschaft. Vielseitigkeit, Spontanität und Unabhängigkeit können nur dann realisierbare Ziele der Politik werden, wenn die Organisation auf kleinerer Ebene an Bedeutung gewinnt. Roger Garaudy rief in seinem Buch »Aufruf an die Lebenden« (1981) zu

Recht dazu auf, sich gegen die Politik von oben zu wehren. Aufgabe ist die »Sozialisierung des Marktes, des Staates, der Kultur von unten.«

Bei einer Neubewertung des Verhältnisses von »zentral-dezentral« sollte man sich auch auf jene »insuläre« Strategien (Novy 1978, S. 242 ff, 259 ff) der genossenschaftlichen Bedarfsdeckungswirtschaft zurückbesinnen, die bereits bei Fritz Naphtali zu lesen ist, obwohl Naphtali ansonsten »zentralistisch« in Anlehnung an die Konzeption des »organisierten Kapitalismus« von Hilferding argumentiert. In Ablehnung des »kostspieligen Luxus« der Anarchie der kapitalistischen Wirtschaft, für den der Verbraucher zahlen muß (Naphtali 1977, S. 99), propagiert Naphtali die Vorteile konsumgenossenschaftlicher Eigenproduktion. Die Bedarfsdeckungswirtschaft ist dem privaten Produktionsbetrieb, der auf dem freien Markt Absatz suchen muß, überlegen. »Dieser Absatzkampf kostet Geld, er erhöht die Unkosten gewaltig; eine ständige Verkaufsorganisation, oft phantastische Reklameausgaben, Bearbeitung der Kunden durch Reisende, und dabei immer das Risiko, auf seinen Produkten sitzenzubleiben, das Risiko zu langsamen Eingangs des Geldes oder sogar der völligen Zahlungsunfähigkeit der Kunden. Geschmacks- oder Modeumschwung erfordert eine völlige Umstellung des Betriebes; ist der Konkurrent schneller, dann sind die Kunden verloren. All diese Unsicherheitsmomente müssen als Risiko auf die Unkosten aufgeschlagen werden« (Naphtali 1977, S. 99). Die Bedarfsdeckungswirtschaft als öffentlich installierte Produktion und Dienstleistung für politisch, d.h. öffentlich festgelegte Bereiche gesellschaftlichen und auch privaten Bedarfs bleibt von diesen Risiken und den Folgen privater Produktion weitgehend verschont. Lokale Eigenproduktion und genossenschaftliche Arbeit, die sich auf einen vorher festgestellten Bedarf und auch Kaufkraft (!) einlassen kann, findet einen Markt vor. Dezentrale Bedarfsdeckungswirtschaft z.B. für kostengünstige, umweltschonende und Beschäftigung sichernde alternative Energieversorgung, für Abfallvermeidung, Gesundheitsvorsorge, Trinkwassersicherung zahlt sich volkswirtschaftlich auf jeden Fall aus. Sie ist der privatkapitalistischen Organisation überlegen.

Zur Vermeidung betriebsegoistischer Strukturen und von Bürgermeisterkonkurrenz müssen jedoch in der Regionalplanung nicht nur die Belegschaften der betroffenen Betriebe beteiligt sein, sondern auch Konsumenten und Interessenvertreter, die von einzelnen Kommunen und Betrieben unabhängig sind. Dies ist in den traditionellen Konzeptionen der Arbeiterbewegung zu den Wirtschafts- und Sozialräten angelegt.

In Schweden wurde im letzten Jahrzehnt versucht, auf der Basis des sogenannten »Meidner-Plans« ein ähnliches Programm zu realisieren. Über eine Kapitalabgabe von überdurchschnittlich ertragsstarken Unternehmen, die angesichts einer wenig differenzierenden »solidarischen Lohnpolitik« relativ wenig durch Lohnforderungen belastet waren, sollte ein kollektiver

Fonds gebildet werden. Über die investive Verwendung dieses Fonds sollten dann Belegschaftsvertreter der Unternehmen, betriebsunabhängige Vertreter der Gewerkschaften und des Staates entscheiden. Auf Druck der konservativen Öffentlichkeit wurde dann von der sozialdemokratischen Zentralregierung ein schlechter Kompromiß gefunden, der die mögliche Kapitalbeteiligung an Unternehmen aus den Mitteln des Fonds beschränkte und die Regionalfonds damit weitgehend zu Kapitalsammelstellen für notleidende Industriebereiche degenerierte. Der beabsichtigte durchschlagende Einfluß auf die jeweiligen Konzernpolitik bleibt damit Makulatur. Dennoch ist dies im Kern ein richtiger Ansatz; geht es doch darum, Erträge der Unternehmen in kollektive Fonds einzuspeisen und über deren Einsatz nicht individualistisch oder börsenfeudalistisch, sondern aufgrund öffentlicher Entscheidungsprozesse in der Region zu befinden.

4. Psychostrukturelle Handlungsfähigkeit als Voraussetzung institutioneller Reformstrategien

Die logisch reduzierbaren Vorteile erhöhter Partizipation der Betroffenen stoßen allerdings auf Widerstände, die z.T. auch in der Psychostruktur liegen. Wie z.B. Christopher Lasch (1980) darlegt, leben wir in einem kriegsähnlichen Zustand: Der Überfluß an Bildern und Eindrücken, wachsende Verbürokratisierung, Konsumkult, Aushöhlung des Familienlebens und gewandelte Sozialisationsmuster lassen eine »Geborgenheitsunsicherheit« entstehen. Politik, die als Schauspiel verkommen ist, Erlebnisse von Entwertung der Qualifikation und die gegenwärtigen akut erfahrbaren Bedrohungen durch eine atomare und chemisierte Verseuchung der Erde führen zu Angst und Kontaktarmut, zur Verzweiflung, wenn nicht die Solidarität von Gleichgesinnten zur Geborgenheit beitragen kann. Die einsame Reise ins Innere führt unter solchen Umständen nicht in narzißtische Selbstzufriedenheit, sondern ins Leere. Die hedonistische Massenkultur ist in dieser Situation ein Opiat; es betäubt die Menschen. Besonders Jugendliche, denen man zumutet, ohne authentische Entwicklungsmöglichkeiten auszukommen und deren gesteigerte Leistungsanstrengungen in der Schule ohne Chancen auf Gratifikation ins Leere laufen, werden verunsichert. Anstatt der Schaffung und des Vorfindens gesellschaftlicher Freiräume für Probehandeln gibt es lediglich ein Überangebot für eine »innere Emigration« durch Drogen etc. (Lohmar 1980). Die Erwachsenen haben vielfach keine Zeit für die Frage nach dem Lebenssinn. Fixiert auf den Typus des »Habens« (Fromm 1979) geht es nicht um Selbstbewußtsein, sondern um Einkommen und Konsum, um abstrakte Verpflichtung auf Leistung im ständi-

gen Kampf gegen Entlassung und Konkurrenz durch andere. Für sie ist das Leben durch die »Philosophie des Maximalismus« einbetoniert. Reichtum entbehrt in diesen Vorstellungen der immateriellen Komponente nach besserer Gestaltung der Lebensbedingungen, nach allseitiger Entfaltung der Lebensbedürfnisse und — bezogen auf die Natur — nach einer »franziskanischen« Haltung. Wenn das Bedürfnis nach Autonomie und die Entfaltung der Kreativität voll zur Geltung kommen sollen, dann gilt es, sowohl die inneren als auch äußeren Entfremdungsstrukturen und Blockierungen zu durchbrechen. Ein radikaler Reformismus, der Emanzipationsstrategien nicht auf die institutionellen Reformen begrenzt, muß darauf gerichtet sein, die Öffentlichkeit zu mobilisieren und die Abschottung des bürokratischen Kapitalismus in Staat und Unternehmen von der Basis her zu überwinden (Poulantzas 1978, S. 182 f). Dies schließt auch die Kontrolle der kommunalen und regionalen Verwaltungen und Unternehmenspolitik vor Ort mit ein. Zunächst wird es darauf ankommen, die Medien — insbesondere die örtliche Presse — mit dem sozialen und ökologischen Handlungsbedarf zu konfrontieren. Öffentliche Veranstaltungen jeder Art (von arbeitsmarktpolitischen Konferenzen des örtlichen DGB bis zu Podiumsdiskussionen über Notwendigkeiten und Möglichkeiten regionaler sanfter Energiepolitik) sind geeignet, hier Signale zu setzen. Bildungsveranstaltungen, Schulungen der Betriebsräte, Bürgerinitiativen, phantasievolle Demonstrationen in der Einkaufspassage, Ausstellungen u.ä.m. sind notwendig, um Informationen zu verbreiten und Kompetenz zu erwerben. Wenn man sich vor Augen hält, in welcher Geschwindigkeit Bürgerinitiativen zur Verbreiterung der Kompetenz in Rüstungsfragen beigetragen haben, dann ist nicht einsichtig, wieso die Bürger einer Stadt und/oder Region nicht ebenfalls kompetent werden können, um ihren Willen bspw. in den Fragen der Abfallwirtschaft, der Umweltsanierung, der Etablierung humaner Altenbetreuung usw. begründet öffentlich vorzutragen und von den Verwaltungen eine entsprechende Umsetzung erwarten bzw. entsprechenden Druck ausüben. Die Transmissionsarbeit der Parteien wird hierbei zwangsläufig unter Basisdruck geraten. »Kommunensozialismus« bedarf der öffentlichen Mobilisierung; vielleicht ist dies auch die Achillesferse. Ohne Rückschläge, Mißerfolge, Versandungen von Initiativen wird es in dieser Richtung sicherlich keinen Fortschritt geben. Es ist erfahrungsgemäß schwierig, Probleme auf der »Tagesordnung« zu halten. Aber: es kann auch Spaß machen und das Selbstbewußtsein stärken.

Literatur

- D. Albers u.a.: Otto Bauer und der »dritte Weg«, Ffm 1978
- E. Ballerstedt: Die soziale Indikatorenbewegung — ein Opfer des »Problem-Moden-Zyklus«? in: H.J. Hoffmann-Nowotny (Hg): Gesellschaftliche Berichterstattung zwischen Theorie und politischer Praxis, Ffm/New York 1983
- E. Ballerstedt: Telearbeit, in: Die neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Heft 3/1985
- H. Bammel: Technischer Fortschritt und Industriearbeit, Ffm 1980
- Batelle-Institut: Informationstechnisch gestützte Heimarbeit. Studie über Auswahl, Eignung und Auswirkungen. Schlußbericht der Vorstudie, Ffm März 1982
- O. Bauer: Einführung in die Volkswirtschaftslehre, in: ders.: Werkausgabe, Bd. 4, Wien 1977
- O. Bauer: Werkausgabe, hrsg. v. M. Ackermann, 9 Bde, Wien 1976-80
- E. Bloch: Das Prinzip Hoffnung, 3. Aufl., Ffm 1976
- T. Breisig: Qualitätszirkel, Risiken, Chancen und Handlungsmöglichkeiten aus Arbeitnehmersicht, Uni Trier (Manuskript) 1984
- V. Considérant: Fouriers System der Reform, Leipzig 1906
- J. Diebold: Die Zukunft machen, Düsseldorf, Wien 1985
- C. Fourier: Nouveau monde industriel et sociétaire, in: ders.: oeuvres complètes, 6. Bd, 3. Aufl., Paris 1846
- E. Fromm: Haben oder Sein. Die seelischen Grundlagen einer neuen Gesellschaft, München 1979
- A. Gorz: Abschied vom Proletariat, Ffm 1980
- R. Hilferding: Das Finanzkapital, 2 Bde, 2. Aufl., Ffm 1973
- H. Kern u.a.: Neue Formen betrieblicher Arbeitsgestaltung, Göttingen 1975
- H. Kern/M. Schumann: Das Ende der Arbeitsteilung?, München 1984
- C. Lasch: Das Zeitalter des Narzißmus, München 1980
- A. Lipietz: Akkumulation, Krisen und Auswege aus der Krise, in: Prokla 58, 1985
- U. Lohmar: Die Ratlosen. Vom Dilemma der Jungen, Erwachsenen und der Alten, Düsseldorf 1980
- E. Luard: Socialism without the state, London/Basingstoke 1979
- G. Lukaács: Die Rolle der Moral in der kommunistischen Produktion, in: ders.: Taktik und Ethik. Pol. Aufsätze I. Darmstadt, Neuwied 1975
- E. März/F. Weber: O. Bauer und die Sozialisierung, in: D. Albers u.a.: Otto Bauer und der »dritte Weg«, Ffm 1978
- K. Marx: Brief an von Schweitzer, in: MEW Bd 32, Berlin (DDR) 1972
- K. Marx: Das Kapital Bd 3, in: MEW Bd 25, Berlin (DDR) 1972
- E. Mühsam: Die Befreiung der Gesellschaft vom Staat, (1932) wiederabgedr. Berlin 1984
- F. Naphtali: Wirtschaftsdemokratie, 4. Aufl., Köln, Ffm 1977
- K. Novy: Strategien der Sozialisierung. Die Diskussion der Wirtschaftsreform in der Weimarer Republik, Ffm/New York 1978
- R. Owen und der Sozialismus, ausgew. u. eingel. von H. Simon, Berlin 1919
- N. Poulantzas: Staatstheorie, Hamburg 1978
- L.L. Radice: Wem gehört Otto Bauer?, in: D. Albers u.a.: Otto Bauer und der »dritte Weg«, Ffm 1978
- J. Sonn: Thesen zu einer ökologisch-humanistischen Industriepolitik, in: Kongreßbüro Zukunft der Arbeit (Hg): Materialienband, Bielefeld 1982
- L. Späth: Wende in die Zukunft, Hamburg 1985

- U. Thaysen: Bürger-, Staats- und Verwaltungsinitiativen..., Heidelberg, Hamburg 1982
- VDI (Hg): Die industrielle Anwendung der Mikroelektronik in der BRD, Frankreich, Großbritannien, 2. Aufl., Berlin 1985
- U. Wickert: Freiheit, die ich fürchte. Der Staat entmachtet seine Bürger, Königstein 1981

Lokale Beschäftigungs Initiativen

Konzepte · Praxis · Probleme

Herausgegeben von
Udo Bullmann
Mike Cooley
Edgar Einemann

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

**Lokale Beschäftigungsinitiativen: Konzepte,
Praxis und Probleme/Udo Bullmann**
... (Hrsg.). (Verf. Jörg Bourgett ...). —
Marburg: SP-Verlag Schüren, 1986
ISBN 3-924800-36-7

NE: Bullmann, Udo:

SP-Verlag Norbert Schüren GmbH
Deutschhausstraße 31, 3500 Marburg
1. Auflage, Marburg 1986
Copyright © bei SP-Verlag, Marburg 1986
Alle Rechte vorbehalten

Satz: Roswitha Oswald u. Reinhard Stang, NPP, Neustadt
Druck: Fuldaer Verlagsanstalt, Fulda
Printed in Germany
ISBN 3-924800-36-7

Inhalt

Vorwort der Herausgeber	7
 I. Ansatzpunkte lokaler Alternativen der Beschäftigungspolitik	
<i>Udo Bullmann</i> Neokonservative Modernisierung und lokale Alternativen	10
<i>Johann Welsch</i> Gewerkschaftliche Programme und dezentrale Alternativen in der Beschäftigungs- und Technologiepolitik	27
<i>Mike Cooley</i> Politik für mehr Beschäftigung und Lebensqualität. Der strategische Gesamtansatz in London	47
 II. Lokale Beschäftigungsinitiativen	
<i>Bernhard Pollmeyer</i> Gewerkschaftliche Konzeptionen für eine aktive Beschäftigungspolitik am Beispiel Dortmund	74
<i>Gerd Lobodda / Heinz Pfäfflin</i> Gewerkschaftliche Regionalpolitik im Raum Nürnberg	92
<i>György Széll / Wilhelm Meemken</i> Arbeit und Wissenschaft e.V. - Arbeitnehmerorientierte Regionalförderung in Osnabrück	106
<i>Jörg Bourgett / Heiner Brülle</i> Auf dem Weg zu einer punktgesteuerten kommunalen Beschäftigungspolitik. Das Beispiel Wiesbaden	117
<i>Gerhard Grandke</i> Beschäftigungspolitische Initiativen und Mitbestimmungsmöglichkeiten der Betroffenen in Offenbach	138
<i>Hans Nauber</i> Arbeitsbeschaffungsprogramme und Qualifizierungsprojekte am Beispiel Hamburg	150
<i>Jürgen Sosna / Günther Dey</i> Netzwerk - Selbsthilfe. Fünf Jahre praktische Alternativen in Bremen	169

III. Umstellung von Technologien und Produkten

Edgar Einemann

Lokale Energieversorgung als politischer Prozeß:

Die Bremer Kontroverse 182

Matthias Kollatz / Joachim Wuttke

Neue Wege in der Abfallwirtschaft 195

Peter Wilke

Alternativen zur Rüstungsproduktion:

Betriebliche und regionale Ansätze 207

IV. Dezentrale Politik:

Begründungen und Begrenzungen

Dieter Eißel

Antithesen zum bürokratischen Kapitalismus 224

Hans-Ulrich Klose / Michael Müller

Selbstbestimmt arbeiten — freier leben.

Die Wiedergeburt der Genossenschaftsidee als
alternativ-ökonomischer Ansatz 243

Edgar Einemann

Anmerkungen zur begrenzten Reichweite
lokaler Alternativen

258

Die Autoren

263

Vorwort der Herausgeber

Die Situation in den westlichen Industrienationen ist seit mehr als 10 Jahren durch eine anhaltende Beschäftigungskrise gekennzeichnet. Die auf der zentralstaatlichen Ebene dominierende konservative Austeritäts- und Modernisierungspolitik trägt zur Verschärfung der Lage der Arbeitslosen, der Sozialleistungsempfänger und der unteren Einkommensgruppen der abhängig Beschäftigten bei. Die ökonomischen, ökologischen und sozialen Konsequenzen der Krise werden dort besonders deutlich, wo die Lebenswelt der Hauptopfer ist; die Probleme sind keine der Statistik und der Wettermeldungen aus der Bundesanstalt für Arbeit (»jahreszeitlich bedingter Anstieg der Arbeitslosigkeit«), sondern solche der konkreten Existenzbedingungen und sozialen Beziehungen in den untersten politischen Einheiten, in den Kommunen. Die Zuspitzung der Schwierigkeiten in vielen Städten und Gemeinden provoziert eine Situation, in der einem wachsenden kommunalen Handlungsbedarf eine abnehmende dezentrale Handlungsfähigkeit gegenübersteht und eine neue Diskussion darüber erforderlich ist, wie die verbleibenden politischen Spielräume optimal genutzt werden können.

Bei unterschiedlichen Ausgangsbedingungen im Detail ist die bundesrepublikanische Debatte um lokale Alternativen zum herrschenden Trend dabei stark beeinflusst durch das Beispiel britischer Städte, insbesondere der Stadtregierung von Groß-London und ihrer Auseinandersetzung mit dem Thatcher-Kurs. Gewerkschaften und alternative Gruppierungen, Sozialdemokraten und Grüne haben in den letzten Jahren ihre Bemühungen verstärkt, auch hierzulande die Chancen kommunalpolitischer Strategien zur Verbesserung der Arbeits- und Lebenssituation auszuloten und erste Schritte gegen die zentralstaatliche Spaltungs- und Ausgrenzungspolitik einzuleiten. Politische Erfahrungen mit unzureichenden Modernisierungs- und Abfederungsstrategien und der Druck sozialer Bewegungen bilden mittlerweile den Rahmen für eine Vielzahl von neuen stadtpolitischen und betriebsbezogenen Ansätzen (vgl. Kapitel I: Ansatzpunkte lokaler Alternativen der Beschäftigungspolitik).

Mit diesem Buch wollen wir einen Ausschnitt nicht nur der Diskussion, sondern auch erste Praxiserfahrungen aus unterschiedlichen Städten vorstellen. In einem zweiten Block kommen daher Ansätze zu Wort, die sich explizit als lokale Antworten auf die Massenarbeitslosigkeit verstehen (vgl. Kapitel II: Lokale Beschäftigungsinitiativen). Hier geht es sowohl um die Veränderung gewerkschaftlicher und staatlicher Strukturen (der Aufbau von

Know-How und von entsprechenden Verwaltungsstrukturen ist die Voraussetzung für sinnvolle Interventionen) als auch um Maßnahmen zur Schaffung von Beschäftigung und zur Qualifizierung von Erwerbslosen. Bei allen diesen Experimenten spielen qualitative gesellschaftliche Entwicklungsziele eine große Rolle: welche sozial und ökologisch sinnvollen Arbeiten sollen ausgeweitet, welche Felder der kommunalen Ver- und Entsorgung in Angriff genommen werden?

Ein dritter Block von Beiträgen lenkt den Blick auf eine Reihe von Feldern der dezentralen Reformpolitik, auf denen eine Mobilisierung von Betroffenen und kommunalen Ressourcen zur Verbesserung der Lebensqualität möglich ist; hier gehen Zukunftsvorstellungen in die konkrete Gestaltung von Technologien und Produkten ein, die einen anderen Fortschrittsbegriff andeuten: z.B. sanfte Energiepolitik statt Atomkraft, ökologische Abfallwirtschaft statt Müll- und Giftproduktion und sinnvolle Produkte statt Herstellung von Rüstungsgütern (vgl. Kapitel III: Umstellungen von Technologien und Produkten).

Der Band schließt mit Aufsätzen, die die Möglichkeiten dezentraler Politik noch einmal auf dem Hintergrund aktueller technologischer und ökonomischer Veränderungen aufgreifen und die Verbindung von zentralen und kommunalen Handlungsstrategien für die Perspektiven einer sozialistischen Reformpolitik thematisieren. Neben den Gestaltungsmöglichkeiten und dem exemplarischen Gehalt kommunaler Politik wird hier auch deren begrenzte Reichweite deutlich (vgl. Kapitel IV: Dezentrale Politik: Begründungen und Begrenzungen). Jeder lokale Anstoß für eine andere gesellschaftliche Entwicklungslogik, jedes gelungene kommunale Experiment muß sich notwendig an konservativen Vorgaben und Durchgriffen von übergeordneten Ebenen brechen. Linke Ansätze »von unten« verlangen damit dringend nach der Ergänzung durch eine soziale, demokratische und ökologische Politik auf nationalstaatlicher Ebene — sie können jedoch auch gerade ein Stück der Mobilisierung hierfür sein.

Bremen, im September 1986

Udo Bullmann
Mike Cooley
Edgar Einemann